

# Staffelung bei den Kita-Gebühren? Grüne setzen auf Solidarität

**Kronberg.** – Im Stadtparlament steht eine Diskussion über die Gebühren der Kindertagesstätten an. Grundlage dafür ist ein FDP-Antrag, demzufolge sich die Höhe der Gebühr künftig am aktuellen Bruttoeinkommen der jeweiligen Familie orientieren soll. Durch daraus resultierende Mehreinnahmen ließen sich die Kosten der Stadt reduzieren.

Die Fraktion der Grünen hält diesen Ansatz aus mehreren Gründen für verfehlt und bringt einen Änderungsantrag ein:

Erstens seien Gebühren generell „Entgelt für Dienstleistungen“. Diese nach Einkommen zu staffeln sei der falsche Weg. „Soll eines Tages auch die Gebühr für Wasser- und Abwasser für Reiche höher sein? Oder die Kosten der Straßenreinigung?“ fragt Fraktionsvorsitzende Petra Fischer-Thöns.

Zweitens werde der Datenschutz verletzt. „Als Bürger muss man seine Einkommensverhältnisse normalerweise nur gegenüber dem Finanzamt offenlegen, nicht aber gegenüber der Leitung des Kindergartens“, so die Fraktionsvorsitzende.

Drittens wäre der Verwaltungsaufwand erheblich, wenn die höhere Gebühr eingetrieben werden soll, die betroffenen Eltern aber widersprechen würden. „Und wie geht man mit nicht verheirateten Eltern um, bei denen das Einkommen von Vater und Mutter sehr unterschiedlich ist?“ fragt sie weiter.

Die Grünen bringen nun folgenden Änderungsantrag ein: „Es soll zwei Staffelstufen geben: einen Normalbeitrag sowie einen höheren „Solidarbeitrag“, den materiell Bessergestellte nach Selbsteinschätzung zahlen sollten, „ohne dass jemand dazu gezwungen wird.“

Auf die Frage, ob das nicht zu optimistisch gedacht sei, dass das mit der Freiwilligkeit und der Selbsteinschätzung funktioniert, antworten sie: „Es gibt bundesweit Ansätze, dass Besserverdienende ihre Verantwortung gegenüber der Gesellschaft wahrnehmen wollen. Beispiel dafür sei in Kronberg auch die große Zahl von Stiftungen.

Umzusetzen wäre das durch die Bitte an diese Elternkreise, mit einem festzulegenden höheren Beitrag (höher im Vergleich zum Normalbeitrag) sich gegenüber der Stadt Kronberg solidarisch zu zeigen. „Zu überlegen wäre vielleicht, dass die Hälfte des Mehrertrags bei der jeweiligen städtischen Kindertagesstätte verbleibt und die Stadt durch die andere Hälfte als Kita-Betreiber etwas entlastet wird“, so Fischer-Thöns Überlegung. Die Grünen verhehlten im Übrigen nicht, dass ihre politische Forderung lautet, dass der Kita-Besuch genauso kostenlos sein müsse wie der Schulbesuch. Dazu die Fraktionsvorsitzende: „Die Forderung bleibt. Aber die Kronberger Finanzlage lässt das im Moment wirklich nicht zu. Dass materiell Bessergestellte auf freiwilliger Basis mehr bezahlen, wäre eine Lösung, mit der alle leben könnten.“ (mw)